Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung öffentlich	Stadtamt FB 32	Stellungnahme-Nr. S0084/25	Datum 26.02.2025
zum/zur F0026/25 – CDU/FDP-Stadtratsfraktion, Stadtrat Julian Stache			
Bezeichnung Sicherheitsauflagen für Stadtteilstädte 2025			
Verteiler Die Oberbürgermeisterin		Tag 04.03.2025	

Zur Anfrage F0026/25 der CDU/FDP-Stadtratsfraktion mit den Fragen

1. *Sind neue oder verschärfte Sicherheitsanforderungen geplant? Wie hat die Stadt bisher Veranstaltern bei der Erstellung ihrer Sicherheitskonzepte unterstützt, und welche spezifischen Hilfestellungen wurden angeboten?*
2. *Gibt es Überlegungen, die Unterstützung für Veranstalter auszuweiten? Beispielsweise durch die Bereitstellung standardisierter Checklisten, praxisnaher Leitfäden oder Beratungsangebote, um die Anforderungen für ehrenamtlich Tätige zu erleichtern.*
3. *Besteht die Möglichkeit, dass die Stadt Magdeburg Sicherheitstechnik wie Absperrgitter oder sonstige sicherheitsrelevante Ausrüstung bei Bedarf kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr für Veranstaltungen zur Verfügung stellt, um womöglich ein zusätzliches Sicherheitsgefühl zu garantieren oder zu ermöglichen?*

ist es der Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, eine fundierte Stellungnahme zu erarbeiten.

Die Verwaltung ist sich bewusst, dass nach dem schrecklichen Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt bei den Vereinen und Veranstaltern von Stadtteilstädten eine große Verunsicherung in Erwartung von verschärften Sicherheitsauflagen herrscht.

Am 13.02.2025 fand im Landesverwaltungsamt eine Beratung mit den Ordnungsamtsleitern statt. Thema war auch die Veranstaltungssicherheit. Von zahlreichen Teilnehmern wurde der Zuwegungsschutz angesprochen. Dabei wurde die Frage an die Vertreter des Landesverwaltungsamtes gerichtet, wer dafür im Kern verantwortlich sei und wer die Geeignetheit von derartigen Terror- bzw. Anschlagabwehrmaßnahmen zu bestätigen habe. Mehrere Anwesende bestätigten, dass die Verunsicherung bei den Veranstaltern und auch in manchen Kommunen auf die Befürchtung zurückzuführen sei, für ungeeignete Abwehrmaßnahmen in zivil- bzw. strafrechtlicher Haftung genommen zu werden. Dies resultiert insbesondere auf die Reaktion der Innenministerin, welche bereits kurz nach dem Anschlag Fehler im Sicherheitskonzept behauptet hat.

Die Ministerin hat insbesondere die Zuständigkeit und die Geeignetheit der Abwehrmaßnahmen in den Verantwortungsbereich des Veranstalters und der bewertenden kommunalen Sicherheitsbehörde geschoben. Es gab jedoch keine konkreten Hinweise oder Lösungsansätze zur Frage der Terrorabwehr und der Abwehr von sonstigen Anschlägen. Auch ein deutliches Bekenntnis zur Frage der polizeilichen Zuständigkeiten für derartige Maßnahmen blieb man schuldig.

Die Verwaltung empfiehlt derzeit den Veranstaltern, geplante Veranstaltungen so früh wie möglich anzuzeigen und ein allgemeines Sicherheitskonzept zu erstellen. Die Verwaltung wird sich dann mit den Veranstaltern – gegebenenfalls unter Beteiligung der Polizei und anderer Landesbehörden – einzelfallbezogen ins Benehmen setzen und nach einer tragfähigen Lösung suchen.

Letztendlich hat sich an der abstrakten Gefährdungslage der Vorjahre nichts geändert, weshalb derzeit auch keine verschärften Auflagen erfolgen. Nur wenn eine konkrete Gefahr begründet werden kann bzw. gesetzliche Vorgaben bestehen, sind notwendige Entscheidungen möglich.

Krug